

12. Landesarbeits- und Berufsamt.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes bestimmt die Tätigkeit des Landesarbeitsamtes. In der Berichtszeit verharrte der Arbeitsmarkt zunächst in einer auf die Krisis des Winters 1925/26 folgenden Depression. Am 15. April 1926 wurden in der Rheinprovinz 269 056 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Seit dem Juli 1926 macht sich eine allmähliche Abnahme der Hauptunterstützungsempfänger bemerkbar. Die Zahl sank auf 254 434 am 15. August, auf 219 562 am 15. Oktober, auf 207 577 am 15. Dezember und erreichte mit dieser Zahl den günstigsten Stand des Jahres 1926. Die übliche Winterarbeitslosigkeit ließ die Zahl im Januar auf 228 111 wieder emporschnellen. Seitdem wurde bis zum Oktober 1927 eine dauernde Abnahme beobachtet. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger am 15. März 1927 betrug in der Erwerbslosenfürsorge 178 820, in der Krisenfürsorge 47 547. Die Kräfte, welche den Arbeitsmarkt aus seiner Depression lösten, wurden zunächst durch den Anfang Mai 1926 einsetzenden Kohlenbergarbeiterstreik in England wach gerufen. Die infolge der Rationalisierung des Ruhrbergbaues unter dem Druck der Krise erheblich abgebaute Belegschaft wurde im Laufe der Berichtszeit um über 50 000 Köpfe auf rund 418 475 im März 1926 vermehrt. Angeregt durch den zunehmenden Beschäftigungsgrad im Kohlenbergbau machte die allgemeine Erholung der Wirtschaft zunächst langsame Fortschritte. Bedeutendsvoll für diese Entwicklung war einmal der in der Depressionszeit flüchtig gewordene inländische Geld- und Kapitalmarkt, sowie das, infolge der Rationalisierungsarbeiten der deutschen Wirtschaft, wieder zunehmende Vertrauen der ausländischen Kapitalmärkte, aus denen die deutsche Volkswirtschaft ihren Kapitalbedarf decken konnte.

Die Arbeitsmarktbeobachtung wurde weiter ausgebaut, die Beobachtungsmethoden verfeinert. Die Berichterstattung der Arbeitsnachweise ließ zu wünschen übrig. Die Arbeitsmarktstatistik wurde erweitert, die seit Oktober 1925 erscheinenden „Mitteilungen zur Statistik des rheinischen Arbeitsmarktes“ wurden ausgebaut, während die Veröffentlichung über die Statistik der Erwerbslosigkeit „Die Arbeitslosigkeit in der Rheinprovinz“ fallen gelassen wurde. Die fachliche Arbeitsmarktstatistik für das Baugewerbe, für die Industrie der Steine und Erden und für die Landwirtschaft sind eingehender bearbeitet worden, um den Arbeitsmarktausgleich in diesen Berufen zu fördern. In der Streikstatistik ließen sich gegenüber früheren Jahren bessere Ergebnisse erzielen. Zur Unterrichtung der Reichs- und Länderregierungen und anderer interessierter Stellen wurden wöchentliche Arbeitsmarktberichte über die Lage in den einzelnen Berufen herausgegeben. Wöchentliche Presseberichte über „Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage“ dienten zur Unterrichtung der Öffentlichkeit. Die Presse hat diese Berichte in dankenswerter Weise aufgenommen. Sie finden weit über die Rheinprovinz hinaus zunehmende Beachtung.

Die Vermittlungstätigkeit der öffentlichen Arbeitsnachweise litt zunächst unter der Depression, welche auf der Wirtschaft lag. Eine Ausnahme bildeten der Bergbau und die von den Bestellungen des Bergbaues befruchtete Maschinenindustrie. Die zunehmende allgemeine Erholung der Wirtschaft veranlaßte jedoch in der zweiten Hälfte der Berichtszeit eine stärkere Beschäftigung der Arbeitsnachweise. Ueber den Geschäftsumfang der öffentlichen Arbeitsnachweise unterrichtet folgende Tabelle:

Jahresergebnisse der öffentlichen Arbeitsnachweise in der Rheinprovinz vom 1. April 1926 bis 31. März 1927.

Name des Arbeitsnachweises	Arbeitsgesuche	Offene Stellen	Vermittlungen
Aachen	39 397	12 639	12 386
Düren	13 386	2 812	2 796
Erfelenz	3 201	3 593	3 589
Gschweiler	6 360	411	404
Jülich	6 896	612	490
Stolberg	7 337	6 964	6 008
Regierungsbezirk Aachen zusammen:	76 577	27 031	25 673
Mhrweiler	2 441	178	178
Mttenkirchen	5 686	8 489	8 488
Koblenz	14 308	6 153	5 535
Cochern	2 344	369	369
Kreuznach	6 148	1 349	1 334
Mayen	5 701	2 690	2 633
Neuwied	7 951	3 276	2 982
Regierungsbezirk Koblenz zusammen:	44 579	22 504	21 519

Name des Arbeitsnachweises:	Arbeitsgesuche:	Offene Stellen:	Vermittlungen:
Barmen	44 759	33 105	32 923
Cleve	671	1 570	1 311
Dinslaken	5 671	4 193	3 960
Duisburg	61 036	22 296	20 374
Düsseldorf	125 246	64 946	60 290
Elberfeld	36 284	13 931	13 292
Emmerich	1 379	1 248	1 244
Essen	95 495	43 762	41 648
Geldern	2 210	1 286	1 235
Goch	1 522	1 071	1 071
Hamborn	11 102	7 713	7 634
Kempen	11 944	5 905	5 380
Krefeld	18 225	7 599	7 258
Lennepe	17 947	2 164	2 164
Moers	16 225	3 779	2 639
Mülheim/Ruhr	21 375	15 135	14 295
M.-Gladbach	40 201	8 981	8 325
Neuß	7 610	2 379	2 270
Oberhausen	17 684	10 506	9 754
Opladen	5 777	509	490
Remscheid	14 863	9 543	9 534
Solingen	18 786	16 005	15 563
Sterkrade	7 099	1 833	1 821
Uerdingen	7 707	6 425	5 687
Wesel	4 398	2 741	2 739
Wiesdorf	2 223	1 526	1 308
Regierungsbezirk Düsseldorf zusammen:	597 439	290 151	274 209
Bergheim	2 582	633	496
Berg.-Gladbach	4 901	954	929
Bonn	31 322	12 973	11 491
Euskirchen	5 090	3 067	2 972
Gummersbach	5 911	1 101	1 033
Köln-Stadt	182 191	78 008	66 444
Köln-Land	7 468	6 987	6 655
Siegburg	10 583	2 713	2 519
Waldbroel	2 218	2 604	2 604
Regierungsbezirk Köln zusammen:	252 266	109 040	95 143
Baumholder	793	33	33
Darm	1 189	—	—
Trier	10 194	3 983	3 981
Regierungsbezirk Trier zusammen:	12 176	4 016	4 014
Zusammen: 1926/27	983 037	452 742	420 558
Zusammen: 1925/26	924 550	391 558	350 208

Gegenüber dem Vorjahre konnte also ein befriedigendes Ergebnis erzielt werden.

Der zwischenörtliche Arbeitsmarktausgleich konnte erst gegen Ende des Berichtsjahres stärker gepflegt werden, da der Bedarf an Arbeitskräften aus den bei den einzelnen Arbeitsämtern vorliegenden Arbeitsgesuchen zunächst gedeckt werden konnte. Hemmungen ergaben sich nach wie vor aus fehlender Unterbringungsmöglichkeit. Der Arbeitsmarktausgleich auf fachlicher Grundlage, insbesondere im Bergbau, in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, in der Industrie der Steine und Erden und dem Gastwirtsgewerbe ist durch besondere Maßnahmen gefördert worden.

In der Landwirtschaft der Rheinprovinz waren im Jahre 1914 14 600 Ausländer beschäftigt. Im Jahre 1926 rund 4000. Zu dieser Verminderung hat die Kontingentierung und das Genehmigungsverfahren, das vom Landesarbeitsamts- und Berufsamt durchgeführt wird, beigetragen. Das von der Reichsarbeitsverwaltung bewilligte Kontingent betrug für 1925: 4000, für 1926: 2900. Hinzu kommen noch etwa 1000 Holländer, die im Besitze von Befreiungsscheinen sind.

Beschäftigungsgenehmigung für ausländische landwirtschaftliche Arbeiter im Jahre 1926:

Regierungsbezirk:	Ausländer:	
	beantragt	genehmigte
Aachen	947	549
Düsseldorf	2 042	1 195
Koblenz	177	91
Köln	2 774	1 714
Trier	132	64
Rheinprovinz insgesamt:	6 072	3 612
Im Jahre:		
1922	7 799	7 534
1923	7 804	7 504
1924	5 297	4 553
1925	5 417	4 343
1926	6 072	3 612

Aus der Industrie wurden im Jahre 1926 Anträge auf Beschäftigungsgenehmigung für 4 643 Ausländer (1925: 4 066) gestellt, davon wurden 3 655 genehmigt und 450 = 9,8 abgelehnt.

Von den Genehmigten entfallen auf:

die Textilindustrie	595
Industrie der Steine und Erden	545
Metallindustrie	498
das Baugewerbe	378
die Hausangestellten	343
den Bergbau	337

Der Rest verteilt sich auf verschiedene Industrien.

Die größte Zahl der genehmigten ausländischen Industriearbeiter stammt aus:

Holland nämlich	1 550 (1925: 1 171) dann folgen
Tschechoslowakei mit	460,
Oesterreich	352,
Belgien	327,
Polen	309.

Bei der Einreise von neu ins Inland kommenden ausländischen Arbeiter und bei der Aufenthaltsverlängerung werden den Regierungspräsidenten Gutachten des Landesarbeitsamtes erstattet. In dem Berichtsjahr wurden für 980 Personen Anträge auf Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung und der Einreisegenehmigung gestellt, davon wurden 755 genehmigt.

Der Vermittlung von Erwerbsbeschränkten wurde besonderes Augenmerk geschenkt. Es wurden Fürsorgeabteilungen und Werkstätten für Erwerbsbeschränkte bei den größeren öffentlichen Arbeitsnachweisen eingerichtet. Die Vermittlung von entlassenen Strafgefangenen gestaltete sich sehr schwierig und waren meistens erfolglos.

Die nichtgewerbmäßigen Arbeitsnachweise sind der Aufsicht des Landesarbeitsamtes unterstellt. Am 1. Januar 1927 waren in der Rheinprovinz 141 nichtgewerbmäßige Arbeitsnachweise vorhanden. Es wurden wiederholt Revisionen vorgenommen und Mängel festgestellt. Anträge auf Errichtung von nichtgewerbmäßigen Arbeitsnachweisen wurden im Berichtsjahre in 10 Fällen gestellt; sie wurden alle abgelehnt, da kein Bedürfnis vorlag.

Die Interessenten-Arbeitsnachweise vermittelten im Berichtsjahre rund 8 800 Arbeitskräfte gegen 8 500 im Vorjahre, die sozial-caritativen rund 31 000, davon 29 148 weibliche.

Die gewerbmäßigen Stellenvermittler wurden wiederholt kontrolliert. Die Kontrolle gab zu Beanstandungen wegen der Führung der Bücher und wegen Ueberschreitung der zulässigen Gebührensätze Anlaß.

Die dem Landesarbeitsamt angegliederte Auswandererberatungsstelle haben im Berichtsjahr 4 340 Nachsuchende, gegen 2 721 im Vorjahre, in Anspruch genommen. In dieser Zunahme zeigt sich ein wachsendes Vertrauen zu dieser Stelle. Der Tätigkeit von Auswanderungsagenten und Schwindlern, die es nur auf Provisionen abgesehen hatten, mußte nachgegangen werden. Die Beratungsstelle war bemüht, Spezial- und Facharbeiter, die von ausländischen Konkurrenzunternehmen angeworben wurden, von der Auswanderung zurückzuhalten.

Der Ausbau der öffentlichen Arbeitsvermittlung wurde durch den Erlaß des Herrn Reichsarbeitsministers vom 11. März 1926, über die Förderung der Arbeitsaufnahme, gefördert. Die Maßnahmen erstrecken sich auf die Förderung der Vermittlungstätigkeit und den Ausbau der Arbeitsnachweise durch eine bessere Ausstattung mit den erforderlichen Fachkräften, Einrichtung von Fachabteilungen und Nebenstellen, Förderung des Außendienstes, verstärkte Vermittlung städtischer Arbeitskräfte in die Landwirtschaft. Als Ergebnis dieser umfangreichen Tätigkeit darf festgestellt werden, daß das Vertrauen zu der öffentlichen Arbeitsmarktkommission gestiegen ist, wie es sich auch in dem erhöhten Zugang von offenen Stellen und Erhöhung der Vermittlungsziffer äußert.

Die Abteilung Landwirtschaft hat sich insbesondere der Ueberführung von Arbeitskräften auf das Land gewidmet. Von den rheinischen Arbeitsnachweisen wurden im Jahre 1926: 25 382 Personen gegen 20 683 im Jahre 1925 in die Landwirtschaft vermittelt, davon waren 10 752 unter 18 Jahren, 18 515 wurden in die rheinische Landwirtschaft und 6 877 nach außerhalb vermittelt. Hauptaufnahmebezirke außerhalb der Rheinprovinz waren die Provinzen Westfalen, Hannover, Brandenburg, Sachsen, Ostpreußen und einige süddeutsche Bezirke. Im Anschluß an den sogenannten Frühjahrserlaß wurden einige Kräfte für den Außendienst eingestellt, denen es insbesondere oblag, Stellen in der Landwirtschaft zu ermitteln und geeignete städtische Arbeitslose, insbesondere Jugendliche, zu vermitteln. Es ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung, daß durch den seitens des Landesarbeitsamtes intensiv betriebenen Außendienst die Landwirtschaft, die bisher dem Arbeitsnachweiswesen ziemlich fremd gegenüber stand, sich an die Benutzung der Arbeitsnachweise gewöhnte. Es ist weiter von Bedeutung, daß durch die Vermittlung städtischer Erwerbsloser die Erwerbslosenfürsorge entlastet werden konnte.

Auch der Bau von Landarbeiterwohnungen mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge ist im Jahre 1926 mit 272 geförderten Wohnungen erfolgreicher gewesen als in früheren Jahren. Im Jahre 1925 wurden 220, in den Jahren 1921/24 60 Wohnungen als förderungswürdig festgestellt.

Die Abteilung Baugewerbe hat besondere Arbeitsmarktübersichten für das Baugewerbe zur Förderung der Arbeitsvermittlung und des Arbeitsmarktausgleichs, ferner eine monatliche Uebersicht über die Bautätigkeit herausgegeben. Wichtig für die Dispositionen ist die Statistik über die Bauvorhaben, die sich zufriedenstellend eingespield hat. In den Verhandlungen des Sachauschusses wurden Maßnahmen zur Sicherung des Nachwuchses und zur Bekämpfung von Facharbeitermangel ausgiebig behandelt. Es wurde wie in den vergangenen Jahren, bei den Stellen, die öffentliche Aufträge vergeben, dahin gearbeitet, daß, soweit der Bauplan in Frage kommt, eine konjunktur- und jahresausgleichende Verteilung vorgenommen wird, um das Zusammendrängen der Baujahre auf wenige Monate zu vermeiden und eine größere Gleichmäßigkeit der Beschäftigung zu erreichen.

Die Vermittlungstätigkeit für die Industrie der Steine und Erden wurde in ähnlicher Weise ausgebaut wie im Baugewerbe.

Für das Gastwirtsgerwebe bestehen in Rheinland und Westfalen 7 Bezirkszentralen mit Sachauschüssen, die zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßt sind. Dasselbe trifft für die Musiker zu.

Für die Angestelltenvermittlung sind Fachabteilungen eingerichtet; es bestehen 8 Ausgleichtellen, die durch eine Arbeitsgemeinschaft beim Landesarbeitsamt zusammengefaßt sind. Die im Vorjahre mit den Verbandsnachweisen getroffenen Vereinbarungen haben keine praktische Wirkung gehabt, sie stehen lediglich auf dem Papier. Der Vermittlung von Angestellten wurde besondere Sorgfalt gewidmet. Es waren allerdings enge Grenzen infolge der Wirtschaftslage gezogen. Die Bildung eines Sachauschusses für Angestelltenvermittlung beim Landesarbeitsamt erscheint ist notwendig. Um die Vermittlungsfähigkeit der Angestellten zu erhöhen, wurden Fortbildungs- und Umschulungskurse eingerichtet; die Erfolge sind zufriedenstellend.

Weiterhin wurde über die Bildung von Sachauschüssen für die Textilindustrie, das Verkehrsgewerbe, für den Aachener Steinkohlenbergbau und für den Rheinischen Braunkohlenbergbau verhandelt. Die Fachabteilung für den Aachener Steinkohlenbergbau ist inzwischen eingerichtet worden.

In der Erwerbslosenfürsorge war die Tätigkeit des Landesarbeitsamtes nach wie vor dadurch behindert, daß die Regierungpräsidenten und die Staatsregierung auf Grund des § 41 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge in weitem Umfang in die Durchführung eingriffen. Dennoch nahm die Bearbeitung

von Fragen der Erwerbslosenfürsorge durch das Landesarbeitsamt ständig zu. Es waren eine große Anzahl von Rechtsgutachten zu erlassen und von Sachaufsichtsbeschwerden zu erledigen. Wesentlich für die Zunahme des Geschäftsumfanges war der enge sachliche Zusammenhang zwischen Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge. Dadurch kam es, daß die öffentlichen Arbeitsnachweise und die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer ganz von selbst das Landesarbeitsamt auch in Angelegenheiten der Erwerbslosenfürsorge in großem Umfange in Anspruch nahmen. Im Laufe des Berichtsjahres kam neu hinzu die Tätigkeit des Landesarbeitsamtes auf dem Gebiete der *K r i e n s f ü r s o r g e*, die gleichfalls eine umfangreiche Verwaltungsarbeit verursachte.

Die Festsetzung von *N o t s t a n d s a r b e i t e r l ö h n e n* brachte schwierige Verhandlungen im Verwaltungsausschuß. Die Ansichten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gehen begreiflicherweise auf diesem Gebiete auseinander. Es gelang jedoch stets zum mindestens eine qualifizierte Mehrheit für den Beschluß zu gewinnen, ein erfreuliches Zeichen für die Arbeitsfähigkeit des Verwaltungsausschusses bzw. des geschäftsführenden Ausschusses.

Ueber den Geschäftsumfang der *P r o v i n z i a l a u s g l e i c h k a s s e* unterrichtet die folgende Tabelle:

Einnahmen und Ausgaben der Provinzialausgleichskasse für Erwerbslosenfürsorge:

Monat	Gesamt- einnahmen	davon Beitrags- einnahmen	Zuschüsse aus der Landesausgleichs- kasse	Gesamt- ausgaben	davon Überwei- sungen an die Arbeitsnachweise
April 1926	8 516 863	1 660 753	6 856 110	8 824 741	8 822 502
Mai "	16 157 533	1 490 533	14 667 000	14 207 956	14 207 956
Juni "	8 944 690	1 688 690	7 256 000	10 932 614	10 466 470
Juli "	13 311 347	1 000 347	12 311 000	13 229 360	13 186 300
August "	7 833 053	1 333 053	6 500 000	7 766 309	7 669 700
September "	8 226 199	1 166 199	7 060 000	8 333 560	8 170 300
Oktober "	6 529 244	1 029 244	5 500 000	6 699 551	6 679 400
November "	8 700 411	1 200 411	7 500 000	8 459 300	8 459 300
Dezember "	7 148 942	1 148 942	6 000 000	7 269 900	7 249 900
Januar 1927	8 119 412	1 119 412	7 000 000	8 101 383	8 101 300
Februar "	4 457 908	1 057 908	3 400 000	4 024 400	4 024 400
März "	6 188 570	1 188 570	5 000 000	6 630 653	6 630 300

Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Arbeitsnachweise.

Monat	E i n n a h m e n		A u s g a b e n	
	insgesamt	davon Beitrags- einnahmen	insgesamt	davon Unterstützungs- aufwand
April 1926	7 877 438	5 459 506	24 489 669	19 075 733
Mai "	7 667 301	5 457 519	23 014 959	17 811 660
Juni "	7 761 203	5 462 053	23 891 139	18 742 664
Juli "	8 710 727	6 161 122	25 671 711	19 833 189
August "	8 542 655	6 176 962	23 431 121	17 631 219
September "	21 919 667	6 212 812	21 916 037	16 018 828
Oktober "	23 047 615	6 752 980	23 231 026	16 879 769
November "	21 497 422	6 834 354	20 859 138	14 498 431
Dezember "	22 600 294	6 527 715	23 526 412	17 311 695
Januar 1927	24 873 648	6 723 286	23 301 932	16 919 047
Februar "	19 747 402	6 215 747	23 319 582	14 401 742
März "	22 169 099	6 946 695	20 557 629	13 932 776

Die Berufsberatung ist in vielen, vor allem in den großstädtischen Arbeitsnachweisbezirken der Rheinprovinz jetzt ausgebaut. Die Berufsberatungsstellen der mittelgroßen und kleinen Arbeitsnachweise konnten im Berichtszeitraum ebenfalls ihren Wirkungsbereich erweitern. Die zunehmende Bedeutung der Berufsberatung im rheinischen Wirtschaftsleben zeigt sich sowohl in der wachsenden Besucherzahl der rheinischen Berufsämter (1924/25: 45 646, 1925/26: 57 803, 1926/27: 68 329) als auch in der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, die immer mehr dazu übergeht, ihre Lehr- und Anlernstellen durch die Vermittlung der Berufsämter zu besetzen.